WAS WAR DIE NVA?



Ihre Auflösung und Integration in die Bundeswehr

eb



Exklusiv für unsere Leser
Tel.: 01805 / 30 99 99
(0,14 Euro/Min., Mobil max. 0,42 Euro/Min.)
www.buchredaktion.de

Wir danken der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck der Beiträge des wissenschaftlichen Kolloquiums »Zwei deutsche Armeen im Kalten Krieg – 15 Jahre Ringen um die Armee der Einheit«, welche 2007 im Protokollband zu diesem Kolloquium veröffentlicht wurden.

Herausgeber: Arbeitsgruppe Geschichte der NVA und Integration ehemaliger NVA-Angehöriger in Gesellschaft und Bundeswehr beim Landesverband Ost des DBwV.
Zusammenstellung: Oberst a. D. Prof. Dr. sc. Egbert Fischer
Redaktion: Oberst a. D. Dr. Hansjürgen Usczeck,
Oberst a. D. Dipl.-Lehrer Hans-Dieter Hein

Die Beiträge geben jeweils die Meinung der Autoren wieder, sofern nicht die Arbeitsgruppe als Verfasser genannt wird. Alle Rechte und Pflichten im Sinne des Urheberrechtsgesetzes liegen beim Autor. Nachdruck und jede andere vom Gesetz nicht ausdrücklich zugelassene Verwertung bedürfen seiner Zustimmung; zugleich haftet er dafür, daß durch die vorliegende Veröffentlichung seiner Ausarbeitung nicht Schutzrechte Anderer verletzt werden.

Arbeitsgruppe Geschichte der NVA

und Integration ehemaliger NVA-Angehöriger

in Gesellschaft und Bundeswehr

beim Landesverband Ost

des Deutschen BundeswehrVerbandes

Was war die NVA?

Ihre Auflösung und Integration in die Bundeswehr

Band 4

Studien – Analysen – Berichte

zur Geschichte der

Nationalen Volksarmee

edition berolina

ISBN 978-3-95841-067-1
1. Auflage dieser Ausgabe
Alexanderstraße 1
10178 Berlin
Tel. 01805 / 30 99 99
Fax 01805 / 35 35 42
(0,14 €/Min., Mobil max. 0,42 €/Min.)

© 2016 by BEBUG mbH / edition berolina, Berlin
Umschlaggestaltung: BEBUG mbH, Berlin
Druck und Bindung: CPI Moravia Books

www.buchredaktion.de

Inhalt

Oberst a. D. Prof. Dr. sc. Siegfried Schönherr
Rüstung in der DDR – Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme **7**

Oberst a. D. Dipl.-Staatswissenschaftler Günter Schindler
Gedanken zum Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD und der Arbeit der Grenzkommission, insbesondere der Arbeitsgruppe Grenzmarkierung **52**

Generalmajor a. D. Prof. Dr. Reinhard Brühl
Dialog statt Abschottung und Ausgrenzung **70**

Admiral a. D. Dipl. rer. mil. Theodor Hoffmann
Die Zusammenarbeit zwischen der politischen und militärischen Führung des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung im Frühjahr/Sommer 1990 **80**

Oberst a. D. Prof. Dr. sc. Wilfried Hanisch
Zum Ausscheiden der DDR aus dem Warschauer Vertrag im Jahre 1990 **94**

Oberst a. D. Prof. Dr. sc. oec. Siegfried Schönherr
Das Institut für Konversion der Streitkräfte (IKOS) des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung der DDR **117**

Oberst a. D. OMuR Dr. Manfred Lachmann
Der verschlungene Weg zur »gesamtdeutschen Militärmuseumslandschaft« **143**

Oberstleutnant a. D. Dipl. rer. mil. Martin Kunze
Noch einmal: Waffen und Ausrüstung der NVA – wo sind sie geblieben? **168**

Generalleutnant a. D. Dipl.-Ing. Wolfgang Neidhardt
Die Verwertung des Sachvermögens der NVA **234**

Oberst a. D. Prof. Dr. Wilfried Hanisch
Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven. **270**

Oberst Bernhard Gertz
Der Deutsche Bundeswehr-Verband und der Weg zur Armee der Einheit **313**

Oberst Dr. Winfried Heinemann
Die NVA als Gegenstand der Forschungsarbeiten des MGFA **322**

Generalmajor a. D. Prof. Dr. Reinhard Brühl
Vom Sinn unseres Soldatseins **333**

Oberst a. D. Dr. Peter Hartmann
Probleme der Integration ehemaliger Berufssoldaten der NVA in die Gesellschaft und Bundeswehr **351**

Staatsekretär a. D. Werner E. Ablaß – Beauftragter für Sonderaufgaben im Bereich der Bundeswehr in den Neuen Ländern
Der schnelle Weg zur Deutschen Einheit – Erfolge und Probleme **363**

Admiral a. D. Theodor Hoffmann
Die Wahrnehmung der Verantwortung der NVA auf dem Weg zur deutschen Einheit **371**

Ergebnisse der zweiten Meinungsumfrage in Kameradschaften Ehemalige / Reservisten / Hinterbliebene des Landesverbands Ost des Deutschen BundeswehrVerbandes e. V. **402**

Auswahlbibliographie deutschsprachiger Veröffentlichungen über die NVA **504**

Oberst a. D. Prof. Dr. sc. Siegfried Schönherr

Rüstung in der DDR – Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme

Kann Rüstung zur Zeit des Kalten Krieges Lehren für die Gegenwart vermitteln?

Vorbemerkung

Im folgenden soll wieder ein militärökonomisches Thema zur Diskussion gestellt werden. Militärökonomie hat – wie jede andere Sozialwissenschaft auch – nach vorn zu schauen. Sie muß die aktuellen Problemfelder ausleuchten. Und davon gibt es wahrlich genug. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in seiner militärischen Form hat Militärökonomie ihre Transformation von einer Militärökonomie der Konfrontation zu einer der Kooperation zu vollenden.[1] Im Zeitalter der Globalisierung muß sie schneller von engen nationalen Blickwinkeln zu europa- bzw. weltweiter Sicht kommen. In einer Periode tiefgreifender Umbrüche in der Gesellschaft (Herausbildung einer neuen Sicherheitslage, gravierende Veränderungen in den sozialen Sicherheitssystemen, Ausformung neuer Beschäftigungsformen auf dem Hintergrund einer sich weltweit wandelnden Arbeitsmarktsituation u. ä.) hat sie mitzuhelfen, die Frage zu beantworten: Wieviel Rüstung braucht – oder verträgt – unsere Zeit?

Die Beantwortung einer solchen Frage wird um so dringlicher, je mehr gegenwärtig Militarisierungstendenzen und -praktiken in der US-Außenpolitik die Gefahr eines neuen Kalten Krieges[2] heraufbeschwören, der sich diesmal freilich nicht zwischen den Blöcken abzuspielen beginnt, wie in der Ära bis 1990, sondern innerhalb unserer globalisierten Welt von heute zwischen einer Staatenelite mit Weltmachtansprüchen und einer »Achse des Bösen«, die sich vor allem der einzigen Weltmacht widersetzt – und das zugegebenermaßen mit Mitteln, die den Weltfrieden gefährden und nicht geeignet sind, demokratische Formen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung auszuprägen.

Rüstung in der DDR – ist ein außergewöhnlich komplexes Thema. Im Rahmen eines Aufsatzes mit so begrenztem Umfang kann es kaum erschöpfend behandelt werden. Wenn trotzdem der Versuch unternommen wird, so aus folgenden Gründen:

Erstens: Rüstung in der DDR war nach der Wende lange Zeit ein Reizthema in der öffentlichen Diskussion. Wissenschaftler und Politiker fast aller Richtungen nahmen das Rüstungsgebaren zum Anlaß, die DDR als Gesellschaftssystem und Staatsordnung zu delegitimieren, zu diffamieren und in Frage zu stellen – und zwar von Anfang an. Es sei daran erinnert, daß der DDR, seit sie reguläre bewaffnete Organe aufzustellen begann, stets vorgeworfen wurde, daß sie eine unangemessene Rüstung betreiben, der Militarisierung Vorschub leisten und sich dadurch letzten Endes totrüsten würde.

Trafen diese Vorwürfe zu und wenn, waren sie die einzigen bzw. Hauptursachen für das Scheitern dieses sozialistischen Gesellschaftsversuchs auf deutschem Boden? Könnte die politische Klasse anderer Gesellschaftssysteme – und vielleicht auch zu anderen Zeiten – ebenso daran scheitern?

Gegenwärtig mehren sich bekanntlich Einwände aus Politik und Wissenschaft, daß die internationale Staatengemeinschaft – insbesondere die USA – durch eine permanente Militarisierung der Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik, wie sie in den Kriegen gegen Jugoslawien und den Irak, aber auch in den Militäreinsätzen in Afghanistan zum Ausdruck kam, nicht nur die internationalen Spannungen keineswegs abbauen, sondern eine Destabilisierung unserer Welt betreiben würde. Immer energischer wird gefordert, der zivilen Komponente der Sicherheitspolitik weltweit den gebührenden Stellenwert einzuräumen.

Dabei klingt immer auch ein Unterton mit, wonach durch das sture Beharren auf der militärischen Komponente in der Außen- und Sicherheitspolitik Ressourcen verschwendet würden, die viel nachhaltiger bei der Ausformung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung eingesetzt werden könnten. Hinweise, daß sich die USA – und auch die sie unterstützenden europäischen Staaten – durch ihre Art, Sicherheitspolitik zu betreiben, wirtschaftlich übernehmen, werden von Tag zu Tag

deutlicher artikuliert. Manche Autoren sind der Meinung, daß – nicht zuletzt durch eine aggressive, militärisch dominierte Außenpolitik – die USA den Höhepunkt ihrer Entwicklung als einzige Weltmacht schon überschritten hätten und sehen Krisenentwicklungen voraus, die zu drastischen Veränderungen auf dem politischen Weltatlas führen und die internationale Sicherheitslage weiter destabilisieren können.[3] Haben wir es etwa wieder mit einer Totrüstungspraxis bzw. -theorie zu tun?

Zweitens: Bedarf der heutige Rüstungssektor – unabhängig davon, wie man zu Rüstung überhaupt, zu Streitkräften, Sicherheitspolitik, Konfliktbewältigung stehen mag – nicht eines ähnlich tiefgreifenden Reformansatzes wie Wirtschafts- Sozial- oder Arbeitsmarktpolitik? Natürlich gibt es Veränderungsansätze – z. B. das Reformwerk der Bundeswehr. Müßten Veränderungen in der Sicherheitspolitik und in den Sicherheitsstrukturen aber nicht viel zügiger durchgesetzt werden und weiter greifen, auch weiter als in anderen Gesellschaftsbereichen, um erfolgreich zu sein? Rüstung ist heute ein Problem, das die Lebenssphären der Menschen auf allen Kontinenten unmittelbar berührt und Auswirkungen auf alle sozialen Bereiche der Länder, Staaten und ihrer Gruppierungen hat. Globalisierung der Rüstung, unwirksame Sicherheitsstrukturen und -politik und Globalisierung der Rüstung gehen heute Hand in Hand. Die nach dem Ende des Kalten Krieges erhoffte Friedensdividend*e* ist nicht nur ausgeblieben, sondern beginnt sich in ihr Gegenteil zu verkehren.

Ist es etwa auch heute so, daß Reformunfähigkeit oder Reformunwilligkeit in der Sicherheits-, Militär- oder Rüstungspolitik zu sozialen Deformierungen von existentiellem Ausmaß führen können?

Trifft vielleicht auch gegenwärtig die Einschätzung zu, das mangelnde Fundamentalkritik und ungenügender politischer Gestaltungswille der politischen, militärischen und wissenschaftlichen Eliten dazu beitragen kann, Rüstungspolitik auf Irrwegen zu betreiben?

Aus diesen zwingenden Gründen also soll im folgenden auf die Rüstung in der DDR zurückgeschaut werden. Das Risiko der Unvollständigkeit wird dabei billigend in Kauf genommen.

1. Das Koordinatensystem der DDR-Rüstung

Der Rüstungswettlauf vollzog sich während der Ost-West-Konfrontation auch in den beiden deutschen Staaten. Mehr noch, er wurde dort mit besonderer Heftigkeit geführt. Zusammen mit den jeweiligen Stationierungsstreitkräften und ihren militärischen Infrastruktursystemen gehörten die BRD und die DDR zu den höchstgerüstetsten Regionen der Welt. Diese Feststellung trifft freilich nicht ohne weiteres auf die ökonomische Rüstung in den beiden deutschen Staaten zu, wie später noch zu zeigen sein wird.

In diesem Zusammenhang gibt es in der politischen Diskussion, in wissenschaftlichen Veröffentlichungen und bei relevanten Veranstaltungen unterschiedlichster Träger mitunter Interpretations- und Bewertungsversuche, die nicht den Kern der Sache treffen, bisweilen sogar in die Irre führen. Was die DDR-Rüstungsvergangenheit anbelangt, prallen nach dreizehnjähriger staatlicher Einheit nach wie vor sehr unterschiedliche Meinungen aufeinander. In ihren Extremen können sie wie folgt benannt werden:

- Für einige gibt es geradezu ein Militarisierungssyndrom. Sie wollen die DDR zur überdimensionalen deutschen Rüstungshochburg des Kalten Krieges hochstilisieren und erklären alle ihre Entwicklungsprobleme und Untergangsursachen aus einer maßlos überzogenen Rüstung. Nicht selten steckt dahinter das Bemühen, ein bequemes und leicht einleuchtendes Beurteilungskriterium für die qualvolle ökonomische, politische und soziale Entwicklung in den neuen Bundesländern nach der Wende zu finden. Oft wird auch der nach wie vor nicht vorhandene selbsttragende Aufschwung im Beitrittsgebiet damit in Zusammenhang gebracht. Bestimmte Kreise machen es sich dabei sehr einfach, indem sie die angeblich oder tatsächlich überzogene Rüstung nicht schlechthin als Beurteilungs-, sondern als Verurteilungskriterium für die gesamte DDR-Vergangenheit gebrauchen.
- Andere wiederum leugnen entschieden, daß es in der DDR eine Überrüstung, also ein nicht gerechtfertigtes militärisches bzw. militärökonomisches Potential gegeben habe. Sie weisen auch den Vorwurf einer Militarisierung

der Wirtschaft aufs heftigste zurück und erklären alles in dieser Hinsicht Geschehene als notwendige und ausgewogene Reaktion auf den rüstenden Westen. Diese Lesart findet sich gelegentlich dort und dann, wo praktisch Beteiligte zu Wort kommen und möglicherweise ihre eigene Rolle in diesen Prozessen erklären, herunterspielen oder gar rechtfertigen wollen.

- Mit Sorge muß in letzter Zeit beobachtet werden, daß DDR- oder NVA-Geschichte von Betroffenen mitunter in extrem versachlichter Weise betrieben wird und die Protagonisten betonen, daß sie dabei lediglich ihrer gebotenen Chronistenpflicht nachkämen. Man kann aber eine untergegangene Gesellschaftsordnung in all ihren Facetten nicht von dem einen oder anderen Mitwirkenden oder Verantwortungsträger wie ein verlorenes Fußballspiel bewerten: Fair gespielt, Chancen nicht genutzt, unglücklich verloren, unfair behandelt. Gelegentlich ist man dann noch über eine »schlechte Presse« verärgert und versieht das ganze mit einem rechtfertigenden Unterton gegenüber allem, was auf dem Rüstungssektor geschah.

Es soll ausdrücklich davor gewarnt werden, bei der wissenschaftlichen und politischen Beurteilung der DDR-Rüstung so unzulässig zu vereinfachen. Dem aus der Abschreckungsstrategie und der Politik der Stärke hergeleiteten Wettrüstungskurs keinerlei Schuld am Systemuntergang des realen Sozialismus zu geben, wäre politisch und wissenschaftlich abartig. Genau so falsch wäre es, den Untergang der DDR – oder weiter gefaßt, des real existierenden Sozialismus sowjetischer Bauart – ausschließlich oder vorwiegend als Folge des Rüstens zu sehen und die dort praktizierte Militär- und Wirtschaftspolitik schlichtweg als ein von außen aufgezwungenes Totrüsten zu erklären. Das hieße nämlich in der Endkonsequenz einen Umkehrschluß von fataler Fehlaussage zuzulassen: Wenn sich die Staaten des Warschauer Vertrages – und damit auch die DDR – nicht so vehement am Wettrüsten beteiligt hätten, wäre das System nicht zusammengebrochen. Die nach 1917 errichtete Sowjetordnung und das nach 1945

entstandene sozialistische Staatensystem, in dem die DDR ihren festen Platz hatte, ist aber – woran mittlerweile fast niemand mehr zweifelt – an seiner ökonomischen Ineffektivität, an seinem Mangel an Demokratie und an seiner Überbetonung der Rolle der Gewalt, und darin eingeschlossen, des militärischen Faktors, zugrunde gegangen. Die Ursachen für den Fehlversuch des realen Sozialismus liegen also viel tiefer und müssen weit außerhalb der Rüstungssphäre gesucht werden, ohne letztere freilich außer acht zu lassen.

Wer die Rüstung in der DDR und ihre Rolle beim Scheitern des Systems überzeugend herausarbeiten will, muß demzufolge die Komplexität aller dabei wirkenden Faktoren beachten, unabhängig davon, zu welchen Erkenntnissen er im einzelnen kommen mag. Wenn sich somit Militärökonomen an der Aufarbeitung dieser Seite der DDR-Vergangenheit – und sie ist anerkanntermaßen ein nicht zu vernachlässigender Faktor der Entwicklung des realsozialistischen Systems – beteiligen und den Prozeß der persönlichen und gesellschaftlichen Vergangenheitsbewältigung befördern wollen, übernehmen sie eine große Verantwortung. Die Antworten können nicht dort liegen, wo die DDR-Rüstung bagatellisiert oder geleugnet wird. Sie liegen aber auch nicht da, wo sie zum Universaltatbestand für das Scheitern des politischen Systems hochstilisiert wird.

Welche Rolle spielte nun die DDR im ökonomischen Wettrüsten der Systeme, welchen Anteil hatte ihre Wirtschaft in diesem Prozeß?[4] Der vorliegende Artikel versteht sich lediglich als ein Diskussionsbeitrag zu diesem Thema. Anstrengende wissenschaftliche Arbeit wird noch nötig sein, um zu allseits begründeten schlüssigen Antworten zu kommen. Intensive Quellensichtung und Quellenauswertung sind vor allem angesagt. Der Autor stützt sich bei seinen Deutungsversuchen hauptsächlich auf folgendes:

- 40jährige Erfahrungen aus der Beschäftigung mit militärökonomischen Themen in Lehre, Forschung und Publizistik.[5]
- Publikationen solcher Einrichtungen wie das Forschungsinstitut für Militärökonomie und angewandte Konversion der Gesellschaft für Militärökonomie e. V., welches

zunächst seinen Sitz in Berlin hatte und jetzt in Fürstenfeldbruck angesiedelt ist.[6]
- Veröffentlichungen zur ökonomischen Rüstung in der DDR, die nach der Wende in Zeitschriften und Monographien erschienen sind.[7]
- Hefte der Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e. V.[8]

2. Begriffliches

Nach heutiger Sprachpraxis sowie sozialwissenschaftlicher und volkswirtschaftlicher Terminologie, wie sie im offiziellen Politikverständnis der BRD üblich ist, gehörte die DDR-Wirtschaft zur Kategorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Diese Wirtschaftsordnung wird dem Typus der Marktwirtschaft gegenübergestellt und es wird betont, daß das zentralverwaltungswirtschaftliche Prinzip von oben verordnete Produktion- und Konsumplanung, staatliche Einkommensverteilung, ideologische Bindung an bestimmte gesellschaftliche Gruppen u. ä. bedingt. Bei der Marktwirtschaft, bei der die sogenannte soziale Marktwirtschaft ein bestimmter nachgeordneter Typus sei und in der BRD nach wie vor die Wirtschaftspraxis bestimmen würde, gälten auf der Basis von Privateigentum an Produktionsmitteln Wettbewerbsfreiheit, freie Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte und demzufolge marktwirtschaftlich bestimmte Einkommensverteilung, die dann im Interesse des Gemeinwohls staatlich korrigiert werden würde. Selbstverständlich wirke der Angebot-Nachfrage-Mechanismus und auch die Preisbildung auf dem Markt.

Wie immer man zu diesem Kategoriengebrauch (Zentralverwaltungs- und Marktwirtschaft) und ihren Ausdeutungen auch steht, unstrittig bleibt die Erkenntnis: Kein Bereich des Wirtschaftens war so in das zentral verwaltete Wirtschaftsleben der DDR integriert, ja eingepreßt, wie die Rüstung.

Wenn man demzufolge heute die DDR-Rüstung bewerten will, kann man das nicht so ohne weiteres unter Verwendung des damaligen Kategoriengebäudes der sozialistischen Wirtschaftswissenschaft tun. Man würde nicht – oder nur sehr schwer – verstanden werden. Ebenso untauglich wäre der Versuch, einfach die heute in der BRD gebräuchlichen und

bekannten Kategorien zu benutzen und sie in die DDR-Rüstungspraxis und -politik hineinzuprojizieren.
Bei der Beschäftigung mit der Thematik »Rüstung im real existierenden Sozialismus und seine Folgen für das System« stößt man also auf nicht unerhebliche terminologische Schwierigkeiten. Anders ausgedrückt: Die Nichtbeachtung begrifflicher Unterschiede in der BRD und der DDR kann zu Fehleinschätzungen in der Beurteilung der Rüstungen und auch zu Irritationen bei der Bewertung der Folgen führen.
Es sollte deshalb immer von folgendem ausgegangen werden:
Erstens: In marktwirtschaftlichen Systemen, auch in der BRD, wird im offiziellen Sprachgebrauch der Begriff Wehrgüter bzw. die Kategorie Produktion von Wehrgütern (oder daraus abgeleitete Kategorien) verwendet. Damit folgt man der volkswirtschaftlichen bzw. betriebswirtschaftlichen Logik, wonach alles, was zur Bedürfnisbefriedigung bzw. Bedarfsdeckung geeignet ist, als Gut (Güter*)* bezeichnet wird. Dabei wird zwischen Sachgütern und Leistungen unterschieden und sowohl ein Individual- als auch ein Kollektivbedarf postuliert. Wehrgüter werden zu letzterem gerechnet.
Unter dem Begriff Wehrgut (Wehrgüter) können somit alle ökonomischen Ressourcen für Zwecke der Verteidigung subsumiert werden. Er umfaßt alle Endprodukte, die vorwiegend oder überwiegend eine militärische Verwendung finden. Er beinhaltet gleichermaßen hartes und weiches Wehrmaterial, so wie auch Bau- und Instandsetzungsleistungen. Ebenso werden Leistungen von Forschung und Entwicklung darunter verstanden. Wehrgüter erscheinen somit als zahlungsfähige Nachfrage auf dem Markt. Ihre Befriedigung im Rahmen haushaltspolitischer Entscheidungen und der Aktivitäten der Rüstungsindustrie ist dann Bedarfsdeckung. Während Bedürfnisse – auch solche nach Sicherheit und Rüstung – lediglich Beweggründe entsprechenden Staatshandeln darstellen, beschreibt die Kategorie Bedarf real vorhandene, zahlungsfähige Nachfrage auf dem Markt, in unserem Falle auf dem Rüstungsmarkt.
Zweitens: In der DDR wurden solche oder ähnliche Kategorien kaum verwendet. Wenn sie vorkamen, war das eine Ausnahme. Gelegentlich geschah das auf dem Gebiet der Volks-

wirtschaftslehre als einem besonderen wirtschaftswissenschaftlichem Lehrbereich. Er wurde aber in der Regel lediglich in der Fachausbildung vermittelt. Im offiziellen Sprachgebrauch der Militärökonomiepraktiker und -theoretiker fanden Kategorien wie Wehrgüter keine Verwendung. Es waren hauptsächlich drei Begriffe gebräuchlich, die freilich auch nicht immer einheitlich und in absolut gleicher Formulierung verwendet wurden:

- Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung.[9] Darunter verstand man die Gesamtheit der Maßnahmen und Methoden zur Deckung des militärökonomischen Bedarfs bzw. zur Befriedigung der militärökonomischen Bedürfnisse. Dieser Begriff spielte vor allem im politischen und wissenschaftlichen Sprachgebrauch eine große Rolle. Er umfaßte sowohl die Güterproduktion und die Leistungserstellung für militärische Zwecke, die ökonomische Vorbereitung des Territoriums auf den Verteidigungszustand sowie die Gewährleistung der Funktionstüchtigkeit der Wirtschaft in Spannungsperioden und militärischen Auseinandersetzungen. Er war gleichermaßen anwendbar für die Produktion (einschließlich Leistungen) zu militärischen Zwecken, für die Inanspruchnahme von Liegenschaften sowie auch für die Rekrutierung von Militärpersonal und Zivilangestellten.[10]
  Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung wurde als Überkategorie für alle Aufwendungen, Maßnahmen, Abläufe und Prozesse verwendet, die der Ressourcenerbringung und -zuführung zu den bewaffneten Organen dienten. Es muß ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, daß zu letzteren sowohl das Ministerium für Nationale Verteidigung gehörte als auch solche Einrichtungen zu zählen waren wie Teile des Ministeriums des Inneren, das Ministerium für Staatssicherheit, der Ingenieur-Technische Außenhandel, die Zollverwaltung der DDR, die Staatliche Verwaltung der Staatsreserven, die Staatliche Plankommission (Abteilung Regierungsaufträge), der Zentralvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik sowie weitere Organe, die vom Ministerrat der DDR jeweils festgelegt worden sind.[11]

Die Kategorie Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung war in der Presse, in den Fachzeitschriften, in der politischen Schulung und im wissenschaftlichen Leben gebräuchlich, ohne daß sie je eine größere Verbreitung gefunden hätte. Die Gründe dafür, lagen aber nicht im Begriff selbst. Die bei der DDR-Staats- und Parteiführung vorhandene Geheimhaltungsmanie verbot es während der gesamten 40 Jahre DDR, die Rüstung als inneres Entwicklungsproblem in Wirtschaft und Gesellschaft näher oder ausführlicher anzusprechen. Sicherlich hatte dieser Verdrängungsprozeß auch zum Ziel, die hehren Staatsziele der Arbeiter- und Bauernmacht nicht durch lediglich von außen aufgezwungene Aufgaben verunreinigen zu lassen. Sie wurden zudem nur als historisch begrenzte Erfordernisse betrachtet. Erst sehr viel später setzte sich die These durch: Da das Wesen einer Erscheinung immer konkret-historisch bestimmt sei, demzufolge auch Landesverteidigung während einer bestimmten Zeit zum Wesen des Sozialismus gehöre, müsse somit auch die ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung immanenter Bestandteil einer konkreten Wirtschafts- und Militärpolitik sein.

Diese weit verbreitete Sprachlosigkeit zu allen Fragen der ökonomischen Rüstung resultierte aber auch aus dem Bestreben, die Bevölkerung der DDR über die wahren Belastungen, die die Aufrechterhaltung und der Ausbau des Macht- und Sicherheitsapparates mit sich brachte, im unklaren zu lassen.

- Spezielle Produktion. Darunter verstand man die für den Bedarfsträger Landesverteidigung (vor allem NVA) zu erbringende Produktion (Güter und Leistungen), welche eine ausschließlich oder vorwiegend militärische Verwendung hatte und demzufolge eine ausgeprägte militärische Spezifik besaß. Dazu zählten z. B. der militärische Schiffbau oder die Produktion von Handfeuerwaffen und Munition. Die dazu verwendeten Produktionseinrichtungen wurden als spezielle Betriebe bezeichnet. Die dazu notwenige Außenwirtschaftstätigkeit als spezieller Import oder spezieller Export.

- LVO-Lieferungen und -Leistungen. Dieser Begriff wurde benutzt, wenn man die Rechtsvorschriften im Auge hatte, auf deren Grundlage sich diese Prozesse vollzogen.[12] Unter diese Lieferungen und Leistungen fielen aber auch alle Güter für den Bedarfsträger Landesverteidigung, die keine militärische Spezifik hatten, also handelsübliche Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe darstellten. Sie gehörten in diesem Sinne nicht zur speziellen Produktion.

In der volks- und betriebswirtschaftlichen Terminologie bzw. in der offiziellen Statistik tauchte allerdings keiner der hier vorgestellten Begriffe auf und wenn, war das eine absolute Ausnahme. Selbst im politischen und wissenschaftlichen Sprachgebrauch erlaubte die offizielle DDR-Propaganda in der Regel nur eine Abstraktionstiefe bis zur Kategorie Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung – mit den schon erwähnten Einschränkungen. In der gelegentlichen, sehr allgemeinen propagandistischen und agitatorischen Ausdeutung dieses Begriffes sah die Partei- und Staatsführung der DDR offensichtlich keine reale Gefahr, militärisch bedingte Wirtschaftsprozesse, die die Befriedigung der materiellen und kulturellen Lebensbedürfnisse natürlich beeinträchtigen mußten, näher bestimmen oder gar begründen zu müssen.
Wenn im folgenden – abweichend von den bisher genannten Begriffen – von Rüstungsind*u*strie oder Rüstungsproduktion bzw. von Rüstung die Rede ist, werden allgemeine Rüstungssachverhalte angesprochen, ohne darunter konkrete Prozesse und Abläufe in der Wirtschaft der DDR zu verstehen. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich aber – nach heutigem Verständnis – auf die Wehrgüter bzw. die Wehrgüterproduktion, die nach DDR-Terminologie vor allem die spezielle Produktion umfaßte. Aus diesem Grunde können Begriffe, die allgemeine Rüstungssachverhalte widerspiegeln, synonym verwendet werden, unbeschadet der Tatsache, daß sie zu sehr verschiedenen Zeiten benutzt worden sind und äußerst unterschiedliche sozialökonomische Beziehungen ausdrücken.

3. Allgemeines zur speziellen Produktion

Die spezielle Produktion war in der DDR kein eigener Wirtschaftsbereich oder Industriezweig. Bestrebungen, die es Anfang der 50er Jahre gab, eine solche spezielle militärökonomische Struktureinheit zu schaffen, wurden aus Effizienzgründen sowie aus Planungs- und Leitungserwägungen heraus schnell fallengelassen. Die Diskussion darüber tauchte aber immer wieder auf. Sie ist vor allem von führenden Militärs wiederholt angefacht worden. Dahinter verbarg sich die Absicht, größeren Einfluß auf ökonomische bzw. militärökonomische Entscheidungen des Landes nehmen zu können. Angebliche ökonomische Barrieren und Hindernisse, welche die Erfüllung der stets sehr hoch gesteckten Fünfjahrplanziele der militärischen Ressourcenverwertung setzte, sollten dadurch überwunden werden.

Auch in der DDR machten Militärs in ihren Forderungen, daß die Wirtschaft stets alles Notwendige für Streitkräfte und militärische Sicherheit zur Verfügung stellen muß, keine Ausnahme. Nur zu gerne betrachtete man die Realisierungsmöglichkeiten als eine Aufgabe der Wirtschaft, für die der Soldat nicht zuständig war. Es ist interessant zu beobachten, daß von der Zeit an, da Streitkräfte als Massenheere mit Massenausrüstungen den Schauplatz der Geschichte betraten, also ab dem Ende des 18. Jahrhunderts, fast das gesamte militärische Denken von der These bestimmt wurde: Wenn die Politik dem Militär Aufgaben stellt, dann soll sie gefälligst auch die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen. Sich in die Niederungen der Mittelbeschaffung zu begeben und dabei Abwägungen vorzunehmen, wurde von den Militärs sogar in der Regel als abwegig angesehen. Auch in der sich nach 1917 herausbildenden Roten Armee war ein solches Denken weit verbreitet. Von einer so zur Schau gestellten Ignoranz gegenüber dem Ökonomischen bis zur erklärten Absicht, die Versorgungswege und -formen von der Wirtschaft zu den Streitkräften auch gleich selbst primär zu bestimmen, war dann kein weiter Weg mehr.

Freilich gab es auch sachlich-organisatorische Gründe, die diesen Forderungen von DDR-Militärs nach einem Rüstungsapparat, der von Streitkräften unmittelbar kontrolliert

werden konnte, scheinbar Recht gaben: die zahlreichen Entscheidungsebenen und die langen Realisierungswege in einer sich herausbildenden Planwirtschaft. Sie waren, vor allem zu Beginn des Streitkräfteaufbaues in der DDR, sehr hinderlich für eine zügige und ausreichende Ausrüstung, Sicherstellung und Versorgung.
Natürlich darf auch nicht übersehen werden, daß das UdSSR-Vorbild bzw. das UdSSR-Beispiel eine große Rolle spielte. Wie bekannt, war Struktur und Verwaltung der Rüstungswirtschaft in der Sowjetunion dadurch gekennzeichnet, daß einzelne Volkskommissariate für jeweils konkrete Rüstungsbereiche (Panzer, Kriegsschiffe, Kriegsflugzeuge usw.) existierten und ein völliges Eigenleben führten. Heute wissen wir, daß das ein wesentlicher Grund für Fehlentwicklungen bei der ökonomischen Sicherstellung – vor allem der Streitkräfte – und die anhaltende Ineffizienz, Bürokratie und Mißwirtschaft in der sowjetischen Verteidigungswirtschaft war und zu keiner optimal strukturierten und einigermaßen effektiv arbeitenden Gesamtvolkswirtschaft führen konnte.
Es kann also eingeschätzt werden, daß DDR-Militärs nach anfänglichen Widerständen recht schnell und auch recht konsequent von Forderungen und Aktivitäten nach einer Autarkie des Rüstungssektors abrückten. Darüber hinaus bleibt festzustellen, daß der ansonsten oft rigoros und undifferenziert verwirklichte Kurs, Aufbau DDR-Streitkräfte muß Nachbau der Sowjet-Militärmacht sein, bei der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung – was ihre Struktur und ihren Aufbau anbelangt – so gut wie keine Anwendung fand. Offensichtlich waren die objektiven Sachzwänge, die sich aus der Größe des Landes und seines ökonomischen Potentials sowie der sehr weit ausgeprägten Arbeitsteilung und der relativ engen Infrastruktur ergaben, größer als die devote Nachahmungssucht vieler Partei- und Wirtschaftsfunktionäre sowie der Militärs und zwang zur Suche nach eigenen effektiveren Wegen.
Bis zur Zeit der Wende war die spezielle Produktion also in die damals vorhandenen Ministerien, Kombinate und Kombinatsbetriebe – von wenigen Ausnahmen abgesehen – eingegliedert. Dabei konnte man zwischen einem Kernbereich und

weiteren Bereichen der speziellen Produktion unterscheiden:

- Der Kernbereich der speziellen Produktion bestand aus 25 bis 30 Unternehmen, die regelmäßig und über einen längeren Zeitraum hinweg einen Anteil spezieller Produktion an ihrer industriellen Warenproduktion von etwa 90 Prozent hatten.
- Die weiteren Bereiche waren fast über die gesamte Wirtschaft gestreut und hatten äußerst unterschiedliche Anteile an spezieller Produktion.
- Seit 1950 ist die spezielle Produktion kontinuierlich ausgebaut worden. Diese Tendenz hielt – mit Schwankungen nach unten und oben – bis Ende der 80er Jahre an. Ihre Wachstumsraten lagen im Durchschnitt etwas höher als die der industriellen Warenproduktion in der DDR.
- Trotz günstiger Fondsausstattung und einem überdurchschnittlich gutem Arbeitskräftebesatz lag sie in ihrer Produktivität unter dem Industriedurchschnitt. Wie noch zu zeigen sein wird, gab es dafür mehrere Ursachen – wie etwa die permanent geringen Losgrößen oder die ständigen Änderungswünsche der Bedarfsträger.

4. Entwicklungsphasen der speziellen Produktion

Die spezielle Produktion wurde seit Gründung der DDR im Jahre 1949 und der damit verbundenen Schaffung eigener bewaffneter Organe systematisch entwickelt.[13] Natürlich mußten auch schon die kurz vor DDR-Gründung geschaffenen kasernierten Polizeibereitschaften ausgerüstet werden. Das erfolgte in der Regel aus Beständen der ehemaligen Wehrmacht, die sich in Lagern der Sowjetarmee befanden. Erst 1949 wurden schwere Waffen zugeführt. Auch das erfolgte anfänglich aus denselben Quellen, später dann aus Beständen der Sowjetstreitkräfte.

Logischerweise bildete das Jahr 1952, in dem der Aufbau des Sozialismus proklamiert wurde, mit der Ankündigung, nationale Streitkräfte zu entwickeln und die vorhandenen bewaffneten Organe personal- und materialmäßig entsprechend umzustrukturieren, einen markanten Wendepunkt. Die Kasernierte Volkspolizei entstand.

Das gleiche trifft auf das Jahr 1956 zu, in dem die NVA sowie